

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/2

Bonn, den 3. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|---|---------------|
| 1 - 2 | <u>Der Verantwortung nicht ausweichen !</u> Realitäten sind nicht zu verschleiern Von Fritz Sänger, MdB | 68 |
| 3 | <u>Jetzt haben die Verbrecher das Wort</u> Nach Einführung der Mehrwertsteuer | 40 |
| 4 | <u>Sensation um jeden Preis</u> Die "Banklady", eine Illustrierte und ein Rechtsanwalt Verdrucksrecht für "Lebensbeichte" | 39 |
| 5 | <u>Tito plant Konferenz der Mittelmeerstaaten</u> Gegen zunehmenden Einfluß der UdSSR und der USA Von Walter Weber | 45 |

* * *

Der Verantwortung nicht ausweichen!

Von Fritz Sänger, MdB

In den letzten Tagen des alten Jahres haben sich die Angriffe aus den Reihen der CDU gegen die Außenpolitik der Bundesregierung auffällig gehäuft. Dafür ist nicht nur die jüngste ausfallende Polemik der Jungen Union ein Beispiel. Es gibt sehr viele Äußerungen, die Abgeordnete und andere Politiker der CDU zum Jahreswechsel in regionalen Zeitungen oder in Rundbriefen an die Wähler getan haben. Man sollte die oft törichte, oft böse Kritik nicht zu hoch bewerten, wenn man sie in Beziehung zu der nun notwendigen praktischen politischen Arbeit bringen will. Denn solche Ablehnungen einer erstmals wirklich aktiven politischen Handlung in Sachen Deutschland sind die (wahrscheinlich letzten) Versuche, das Scheitern der sogenannten Deutschlandpolitik aus den ersten 17 Jahren eigener deutscher politischer Konzeptionen zu bemänteln. Wenn man den einen oder anderen der Verfasser solcher Kundgebungen in kollegialer Weise anspricht, kann man sehr viel mehr Verständnis für das finden, was heute in der Großen Koalition nun endlich für die deutsche Sache getan wird.

In der CDU kommt man noch immer nicht über die Scheu hinweg, es den Wählern zu sagen. Aber man weiß doch schon, daß man nicht lange mehr um diese Offenbarung herumkommt, die im Grunde das Eingeständnis sein muß, daß der andere Weg, der über militärische Stärke, kleineuropaische Lösung, Mißachtung aller Anregungen und Vorschläge, die aus Moskau kamen - daß eben dieser Weg in eine Sackgasse geführt hat. Zunehmend oft fragen die Wähler, warum es nicht vorwärts gegangen sei. In der Politik hat sich die Furcht vor der Wahrheit noch nie ausgezahlt. Die Sprecher der CDU in außenpolitischen und vor allem in Deutschland-Fragen werden, wie Konrad Adenauer es 1958 in einer Rede in Baden-Baden einmal ankündigte, "zur Kasse gerufen" und müssen die große und die kleine Münze ihrer Politik auf den Tisch legen, so daß jedermann sieht, was es uns künftig kostet, diese Frage fast zwei Jahrzehnte immer nur mit Illusionen überdeckt zu haben.

Protestaktionen gegen neue Gedanken und Überlegungen werden im neuen Jahre noch weniger wirken als bisher. Auch in den Organisationen der Vertriebenen weiß man, daß die Zeit nicht den Hoffnungen geholfen

hat, die viele der Alten hegten, denen nur zu oft Gefühlsargumente an Stelle von politischen Einsichten vorgesetzt wurden. Es tut weh zu wissen, aber es hilft, einen neuen Weg zu finden. Auch die eigene Heimat liegt jenseits der Grenzen, um die es geht. Die Vernunft steht in einem harten Kampf. Aber: Tatsachen kann man nicht ändern, sagte Reichskanzler Otto von Bismarck einmal, jedoch man soll sie benutzen. Es wäre eine politische Leistung von unüberschbarer Größe, sich nun endlich der Tatsachen zu bedienen und nicht nur Wünschen und Hoffnungen das Feld zu überlassen. Die Entscheidung muß dann der Bürger der Wähler treffen.

Denen jedoch, die politische Einsicht haben und die es wissen, was zu entscheiden war und unausweichlich entschieden werden muß ihnen muß mit aller Klarheit gesagt werden, daß sie unverantwortlich handeln, wenn sie immer wieder von "Rechten" und von "unverzichtbaren Ansprüchen" reden, die es gewiß gibt, die aber kein oder wenig politisches Gewicht haben. Und es wird allein das Gewicht entscheiden. Auch die CDU weiß, daß in ihren führenden Köpfen, und sie muß es offen öffentlich sagen, wie es besonnene Frauen und Männer mit dem Ausdruck tiefer Sorge, die wir alle haben, im Zwiegespräch tun. Man kann nicht ohne Gefahr des Verlustes der Glaubwürdigkeit dem Volke in Erklärungen und Protesten anderes sagen als die Einsicht in die gegebenen Möglichkeiten gebietet.

Am Anfang eines Jahres, an dem so viele Wünsche ausgetauscht und Hoffnungen angesprochen werden, ist Ehrlichkeit und Wille zur Wahrhaftigkeit wichtiger als gute Reden und Schreiben es je sein können. Die Zeit der Täuschungen und der Flucht in die Zweideutigkeiten amtlicher Aussagen über weitpolitische Zusammenhänge mit der deutschen Frage ist seit langen vorbei. Wir müssen selbst entscheiden. Wir hätten unsere Sache längst selbst betreiben müssen. Die Verantwortung für Mutlosigkeit, Blenwerk und Selbstbetrug, für falsche Beurteilung der Lage und der Chancen liegt bei den Regierungen, die das Ruder führten. Andeutungen einer zu ändernden Politik, die nicht mehr zurückzudrängen waren, wurden von einer neuen Regierung in Handlungen umgesetzt. Partner zweier sehr verschiedener Regierungen, die CDU und ihre Schwesterpartei, die CSU, müssen sich und der Öffentlichkeit eingestehen, daß sie der Verantwortung nicht mehr ausweichen können, so sehr sie noch eine Zeitlang lärmern mögen.

Jetzt haben die Verbraucher das Wort

Nach Einführung der Mehrwertsteuer

sp - Mit Einführung der Mehrwertsteuer ist auch der Ärger in vielen Geschäften und Gaststätten eingezogen; besonders in den Gaststätten. Zahlreiche Wirte haben die dem Gast präsentierte Rechnungen für Speisen und Getränke vielfach bis um 10 Prozent erhöht. Der erstaunte Gast erhält auf die Frage nach dem Grund der Erhöhung die lakonische Antwort, das komme von der Mehrwertsteuer; außerdem habe man das Bedienungsgeld "der Einfachheit halber" in die Endsumme mit einbezogen.

Diese Erklärung für die zehnprozentige Erhöhung des Preises ist zu einfach und kann bestenfalls einen dilligen Gast befriedigen. Korrekt wäre es, wenn der betreffende Gastwirt vom alten Preis zunächst einmal 4 Prozent der alten Umsatzsteuer abziehen würde, um erst dann eine zehnprozentige Erhöhung vorzunehmen. Mehr als 6 Prozent Erhöhung sind keinesfalls durch die Einführung der Mehrwertsteuer gerechtfertigt.

Auf der anderen Seite haben die Verbraucher manche freudige Überraschung erleben können. Textilien, Schuhwaren und ähnliche Artikel sind im Schnitt 4 bis 5 Prozent billiger geworden. Und dies ohne die stets nach Neujahr einsetzende Preisreduzierung für den sogenannten Winterschlußverkauf.

Inzwischen sind sich alle Fachleute darüber einig, daß Bundeswirtschaftsminister Schiller recht hatte, als er vor kurzem sagte, 1968 werde das Jahr der Verbraucher sein. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, daß besonders die Verbraucherorganisationen und die Verbraucher selbst ein sehr gewichtiges Wort bei der Preisgestaltung mitzureden haben werden.

In dieser Beziehung können wir in der Bundesrepublik noch manches von den Amerikanern lernen. Dort gibt es - besonders in mittleren und kleineren Städten - Frauenverbände, deren Mitglieder systematisch registrieren, in welchen Geschäften diese oder jene Ware zu unterschiedlichen Preisen angeboten wird. Natürlich kann man der einzelnen Hausfrau selten eine solche "Aktion" kaum zumuten; sie muß sich um ihren Haushalt kümmern, und wenn sie außerdem noch berufstätig ist, hat sie zu wenig Zeit, um beim Einkauf gewissenhafte Preisvergleiche erstellen zu können.

Deswegen sollten sich die Frauenverbände intensiver als bisher einschalten. Diese Organisationen können auch auf Landes- und Bundesebene manche Beobachtungen machen und deren Resultate veröffentlichen, die dann für die Verbraucher wichtige Hinweise für den "korrekten Preis" enthalten würden.

Sensation um jeden Preis

Die "Banklady", eine Illustrierte und ein Rechtsanwalt
Vordrucksrecht für "Lebensbeichte"

nn - Nach ihrem letzten Banküberfall in Bad Segeberg, bei dem noch vier junge Bankangestellte angeschossen wurden, sitzt die sogenannte Banklady, die Hamburgerin Gisela Werler, im Kieler Untersuchungsgefängnis und wartet auf ihren Prozeß. Einer ihrer Komplizen ist in Neumünster in Haft, zwei weitere in Hamburg. Die kleinen, oft wenig gesicherten Landsparkassen in Norddeutschland können aufatmen. Die Sparkassenvorstände sollten aber darüber nachdenken, wie sie schneller Zuhlschalter und Kassenraum sichern können - auch, um ihre Angestellten zu schützen.

Ein wenig Unbehagen bereitet jetzt der Sturm der großen Illustrierten auf die Banklady, der unmittelbar nach ihrer Inhaftierung in Kiel einsetzte. Hier wird mit Methoden "gearbeitet", die schon sehr weit in den Vorhof der Rechtsprechung eindringen. Mehr Zurückhaltung wäre am Platze.

Es ist nicht gut, daß sich nun eine große Illustrierte eine neue Spielart ausgedacht hat, um an die Lebensgeschichte der Banklady heranzukommen. Schon zwei Tage nach der Tat beauftragte diese Illustrierte einen Rechtsanwalt generös mit der Verteidigung der "Lady". Es ist bisher nicht bekannt, daß irgendeine Zeitschrift in Deutschland das einmal für einen armen Schlucker, der hilflos und vielleicht sogar unschuldig in die Gesetzesmühlen geraten ist, getan hätte...

Das Geld für die Verteidigung zahlt die Illustrierte aber nicht für einen guten, sondern für einen Nebenzweck. Sie hat mit Hilfe des Rechtsanwaltes das Vordrucksrecht für die Werler-Lebensbeichte erhalten. Die deutschen Leser können nun zu Beginn dieses Jahres ganz genau nachlesen, wie man da an die Banktresore herankommt und - es ist fast vorauszusehen - wie "unschuldig" diese Lady in ihre Verstrickungen geriet.

Die Illustrierte scheint sich einen recht forschen Rechtsanwalt genommen zu haben. Er hat seine Klientin, die er nun für diese Illustrierte vertritt, schon angewiesen, keine Aussagen zu machen. Er erklärte öffentlich, er habe zwei Kriminalbeamte aus der Zelle gewiesen, als er sich mit Gisela Werler beriet. Das letzte allerdings ist von der Staatsanwaltschaft in Kiel demontiert worden. Jeder Anwalt weiß, so etwas kann nicht sein und am wenigsten bei der Anführerin einer Bankräuberbande, die in der zurückliegenden Jahren bei der Waffenwendung die Bediensteten der Sparkassen nicht geschenkt hat.

Tito plant Konferenz der Mittelmeerstaaten

Gegen zunehmenden Einfluß der UdSSR und der USA

Von Walter Weber

Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß Jugoslawien bemüht ist, sowohl dem amerikanischen als auch dem sowjetischen Einfluß im Mittelmeer eine möglichst selbstständig agierende politische Gruppierung entgegenzusetzen. Wie in Belgrad zu erfahren war, sollte eine entsprechende Konferenz der Mittelmeeranrainer bereits Anfang Dezember 1967 stattfinden. Wegen der Ereignisse in Algerien wurde diese Konferenz jedoch abgesagt und auf einen späteren Termin - voraussichtlich Mitte Februar 1968 - verlegt.

Der jugoslawische Staatschef Tito will erreichen, daß an dieser Konferenz nicht nur offizielle Regierungvertreter der an Mittelmeer liegenden Staaten teilnehmen, sondern auch Vertretungen von linken Oppositionsgruppen solcher Staaten, in denen zur Zeit für diese Gruppen keine unmittelbare Einflußnahme auf die Regierungsgeschäfte besteht. Feste Zusagen zur Teilnahme an einer solchen Konferenz soll Tito bereits von Marokko, Algerien, Tunesien und Lydien erhalten haben. Die italienischen Linkssozialisten und mehrere linkssozialistische Gruppierungen in Frankreich haben ebenfalls ihr Erscheinen zugesagt.

Mit großem Interesse erwartet man eine Entscheidung der griechischen Zentrumsunion, deren Führer aufgrund der Weihnachtsamnestie jetzt wieder in Freiheit sind, jedoch keine Möglichkeit haben, sich öffentlich politisch zu betätigen. In Belgrad verlautet dieser Tage gerüchteleise, die jugoslawische Regierung habe sogar Kontakte mit der Athener Militärjunta aufgenommen, um diese von der Notwendigkeit ihrer Beteiligung an einer Konferenz der Mittelmeerstaaten zu überzeugen. Ähnliche Gerüchte wurden auch in diplomatischen Kreisen Madrids bekannt, wo Franco seine Bereitschaft erklärt haben soll, inoffizielle Beobachter zu einer Mittelmeerkonferenz nach Belgrad zu entsenden. Auch aus Paris wurde berichtet, daß Staatspräsident de Gaulle der Einberufung einer Mittelmeerkonferenz "nicht ohne Sympathie" gegenüberstehe.

Unbekannt ist noch die Haltung Nassers. Da die kommunistische Partei in Ägypten verboten ist, Nasser aber trotzdem zu Moskau Beziehungen unterhält, scheint der ägyptische Staatschef auf die Sowjetunion Rücksicht nehmen zu wollen, gegen deren zunehmenden Einfluß im Mittelmeer die von Tito vorgesehene Konferenz natürlich gerichtet wäre. Ähnlich verhält sich die türkische Regierung; bei ihr dürften Rücksichtnahmen auf die USA entscheidend sein.

Dessen ungeachtet rechnet man in Belgrad mit dem Zustandekommen der Konferenz, in der man einen "entscheidenden Faktor für die Erhaltung des Friedens im Mittelmeerraum" erblickt. Amerikanische und sowjetische Interventionen, die bereits im November vergangenen Jahres gegen die Einberufung einer solchen Konferenz erfolgten, sind auf Tito ohne Eindruck geblieben.